

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., n. Kreuzg. 4 M. viertelj. Schriftl. u. Geschäftst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Sprr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598

45. Jahrgang

Hamburg, 13. Juni 1931

Nummer 24

Haltet Treue dem Verband!

Das Frühjahr hat unsern Gewerbe keine Erleichterung gebracht. Der Sommer naht und ungeheure Arbeitslosigkeit lastet weiter auf unsern Berufskollegen. In der letzten Aprilwoche waren noch über 28 000 Verbandsmitglieder arbeitslos. Mitte April wurden in Deutschland nicht weniger als 4,7 Millionen Erwerbslose gezählt. Das sind 1,7 Millionen mehr als im Vorjahre. Unter diesem Arbeitslosenheer befanden sich zu gleicher Zeit allein 1,027 Millionen Wohlfahrtsverwahrloste. Außerdem wurden die in Arbeit Stehenden vielfach von einer weitgehenden Kurzarbeit betroffen, die in Verbindung mit dem allgemeinen Lohnabbau zu einer erheblichen Einkommensminderung führte. Es ist daher kein Wunder, wenn unter dem Druck dieser wirtschaftlichen Massennot sich Mißmut und Verzweiflungstimmung breit macht. Es ist auch durchaus verständlich, daß die Verbitterung weiterer Volkskreise einen Grad erreicht hat, wo sie in Fatalismus oder falschem Radikalismus umschlagen kann.

Jede schwere wirtschaftliche Krise hat sich bisher auch als eine geistige Krise erwiesen, indem beispielsweise politische Strömungen auftauchten, die in normalen Zeiten unmöglich gewesen wären. Von diesen Verfallserscheinungen und krisenhaften Wandlungen sind die Gewerkschaften bisher im wesentlichen verschont geblieben. Soweit die Jahreshochstände einzelner Verbände bis jetzt erkennen lassen, haben insbesondere die freien Gewerkschaften das Krisenjahr 1930 organisatorisch gut überstanden.

Das ist ein erfreuliches — man möchte sagen, das einzige hoffnungsvolle Zeichen. Denn so schwer die hinter uns liegenden Monate auch waren, noch dunkler und schwarzer liegt die Zukunft vor uns, wenn es nicht bald gelingt, die Arbeitslosennot wirksam zu mildern. Um so mehr muß es unsere Aufgabe sein, die Gewerkschaftsmacht zu erhalten und alle drohenden Gefahren abzuwehren.

Eine große Gefahr droht der Arbeiterbewegung vor allem in dem wachsenden Unverständnis, oder noch besser gesagt, in der Unvernunft. Wie uns das Anwachsen der extremen politischen Parteien beweist, sind viele Volksgenossen der irrigen Auffassung, daß die Aenderung unseres politischen Systems genügen würde, die Wirtschaftsnot zu bannen. Das ist ein ganz gefährlicher Irrglaube, denn man sollte meinen, daß auch jetzt endlich der Dummste wissen mußte, daß es sich bei dem wirtschaftlichen Niedergang um eine weltwirtschaftliche Krise handelt, die vor keinem politischen System haltmacht. Und wenn wir auch wissen, daß eine andere Preispolitik der Regierung und eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit wesentlich krisenmildernd wirken könnten, so zeigen uns die Sorgen der englischen Arbeiterregierung wiederum, wie begrenzt die politischen Mittel gegenüber der Wirtschaftsnot und der wirtschaftlichen Entwicklung sind. Und wenn manche im Gegensatz dazu auf das bolschewistische Experiment in Rußland verweisen, dann vergessen sie immer, daß man Rußland mit seiner agrarischen und seiner völlig anders gearteten Struktur in die vergleichsweise Betrachtung der industriellen Weltkrise gar nicht einbeziehen kann. Der politische Wunderglaube bedarf also einer eingehenden Prüfung, und zwar um so mehr, als jede Krise jedes politische System vor die schwierige finanzpolitische Aufgabe stellt, einen Ausgleich zwischen den stark verringerten Staatseinnahmen und den riesig wachsenden Sozialausgaben zu finden.

Kann und darf man demnach nicht alles vom politischen System erwarten, dann berührt es um so eigenartiger, wenn viele glauben, daß allein das Eingreifen einer politischen Partei ausreichen würde, die Dinge zu meistern. Es ist so unsinnig ist es, die Gewerkschaften und ihre Tatkraft für die Nöte verantwortlich zu machen. Sicherlich sind die Gewerkschaften dazu berufen, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterorganisationen wirksam zu vertreten. Aber die Gewerkschaften als wirtschaftliche Organisationen sind in ihrer Erfolgsmöglichkeit von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung stark ab-

hängig. In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwunges kämpfen sie um einen bestmöglichen Anteil am Produktionsertrag. Und in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges haben sie die Aufgabe, das bei günstiger Konjunktur Errungene zu halten und zu verteidigen. Inwiefern das jeweils gelingt, hängt in jedem Falle von dem wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Zustand sowie von den gewerkschaftspolitischen Machtverhältnissen ab. Wenn deshalb bisher alle Verschlechterungen auch nicht völlig abgewehrt werden konnten, dann bleibt es doch beachtenswert, daß es bis jetzt trotz größter Wirtschaftskrise möglich war, die gewerkschaftlichen Tarifrechte und sozialpolitischen Errungenschaften im wesentlichen zu erhalten.

Aus diesen Erfolgen schon können wir ersehen, wie falsch und unberechtigt der Fatalismus in unsern eigenen Reihen ist. Alle gegenwärtigen Geschehnisse sind nicht unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, wie es sein soll, sein könnte und müßte, sondern nur danach zu beurteilen, was angesichts der allgemeinen Umstände möglich und erreichbar ist. Wir haben von den unerfreulichen Tatsachen und nicht von schönen Wunschgebilden auszugehen, wenn wir der Wahrheit und Wirklichkeit nahekommen wollen.

Vom Möglichen und Erreichbaren? — ja wohl, und damit kommen wir zu dem falsch verstandenen Radikalismus, der sich neuerdings äußerlich in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO.)

Die Gewerkschaften gegen die Verstümmelung der Sozialversicherung

Die Spitzenverbände der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften und der Verband der Deutschen Gewerksvereine (SD.), haben an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe gerichtet, in der sie sich entschieden gegen die in der Öffentlichkeit erörterten und von den Arbeitgeberverbänden propagierten Pläne zur Einschränkung der Sozialversicherungsleistungen wenden. Weitere Einschränkungen zu den bereits durchgeführten Verschlechterungen der Sozialversicherung würden, heißt es in der Eingabe, die Existenz der Arbeiterschaft in Frage stellen. „Sie müssen daher von den Gewerkschaften mit Entschiedenheit abgelehnt werden... Eine noch weitere Verschlechterung der Leistungen würde noch weitere breite Volksmassen einem ungesunden Radikalismus in die Arme treiben und den Bestand des Staates gefährden.“

Die Denkschrift der Spitzenverbände geht aus von der misslichen Lage der Reichsfinanzen. Sie verwirft aber den Gedanken, die mangelnde Übereinstimmung zwischen Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt durch Ersparnisse an den Ausgaben für soziale Zwecke herzustellen, und verweist die Reichsregierung auf den Weg der Erschließung neuer Einnahmen. „Ohne Zweifel gibt es auch in Deutschland noch leistungsfähige Schichten, die für die Schaffung neuer Einnahmequellen herangezogen werden könnten, aber gerade diese haben in den letzten Jahren am stärksten in der Öffentlichkeit Stimmung dafür gemacht, daß die Ausgaben für soziale Zwecke zu groß sind.“

Die Eingabe beschäftigt sich sodann eingehend mit den Verhältnissen der Unfallversicherung und Invalidenversicherung, sowie mit den Angriffen gegen diese Versicherungszweige. Zugleich unterbreiten die Gewerkschaften ihrerseits Vorschläge zur Reform dieser Versicherungen und zur Behebung ihrer Notlage. Wir geben diese Teile der Denkschrift ohne wesentliche Kürzungen wieder:

Zur Unfallversicherung.

Die Gesamtausgaben in der Unfallversicherung für das Jahr 1929 betragen nach den amtlichen Nachrichten für Reichsversicherung (Heft 12 vom 25. Dezember 1930) 410 719 400 M. Das dafür erforderliche Umlage-Geld belief sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 12,47 M pro 1000 M der der Umlage zugrunde gelegten Löhne. Die Belastung der landwirtschaftlichen

repräsentiert. Was sagen und was wollen diese RGO.-Leute? Sie wollen selbst Tarifverträge abschließen. Die Arbeitsgerichte erobern usw. Warum wollen sie die „reformistischen“ Gewerkschaften aus diesen Positionen verdrängen? Wenn man sie hört, dann aus dem einfachen Grunde, weil sie der Auffassung sind, daß sie mehr herausholen können als die heutigen Gewerkschaftsfunktionäre. Ja, sie gehen in ihrer hemmungslosen Agitationsweise sogar soweit, fortgesetzt zu behaupten, die Gewerkschaftsvertreter würden die Arbeiter verraten, weil sie freiwillig Verschlechterungen hinnehmen würden oder aber vermutlich bei den Verhandlungen zu wenig mit der Faust ihren Forderungen Nachdruck verschaffen. Das alles sind natürlich naive und kindliche Ansichten. Jeder unorganisierte Arbeiter weiß, daß die kampferprobten Gewerkschaftsfunktionäre versuchen, das bestmögliche herauszuholen und herauszuholen müssen, wenn sie auch nur kurze Zeit das Vertrauen ihrer Kollegen behalten wollen. Nur den Weltrevolutionären bleibt es überlassen, die Menschheit eines andern zu belehren und dem Volke durch Phrasen plausibel zu machen, daß die Gewerkschaften freiwillig zu ihrem eigenen Schaden und zum Nachteil ihrer Mitglieder Verschlechterungen eingehen. Die Revolutionären stellen sich damit ein geistiges Armutzeugnis aus, das jeder Beschreibung spottet.

Wie deshalb auch die Dinge sich in der nächsten Zeit entwickeln mögen, die Reihen unserer Gewerkschaften müssen ungezwungen erhalten bleiben. Sie werden erhalten, wenn jedes Gewerkschaftsmitglied auf dem Posten ist, dem inneren und äußeren Feind energisch die Stirn bietet und den eisernen Willen zeigt, den Gewerkschaftsgedanken als höchstes Gut der deutschen Arbeiterklasse bis zum äußersten zu verteidigen.

Berufsgenossenschaften ist wesentlich geringer; sie beläuft sich auf nur ein knappes Drittel der Umlagen der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Auf einen Versicherten berechnet betrug die Gesamtausgabe in der Unfallversicherung im Jahre 1929 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 24,10 M, bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 5,99 M, bei den Ausführungsbehörden 23,51 M.

Für Entschädigungen wurden im Jahre 1929 ausgegeben 340 880 300 M. Dieser Betrag mußte jedoch unter 1 025 293 Rentenempfängern aufgeteilt werden. Angesehen einer Zahl von rund 24 Millionen Versicherten ist die Zahl von rund 1 Million Rentenempfängern als nicht zu hoch zu bezeichnen.

Wenn bei einzelnen Trägern der Unfallversicherung vorübergehend eine höhere Umlage als in normalen Zeiten zur Deckung der laufenden Ausgaben erhoben werden muß, dann rechtfertigt dies noch nicht einen allgemeinen Abbau der Renten. Dieser bei einzelnen Berufsgenossenschaften zur Zeit bestehende Notstand, gleichgültig, ob er durch die Wirtschaftskrise oder durch Rationalisierungsmaßnahmen in den betreffenden Gewerbebezügen hervorgerufen worden ist, könnte mit der Einführung einer Gemeinlast der Versicherungsträger der Unfallversicherung überbrückt werden, ähnlich wie sie bereits in der Invalidenversicherung besteht.

Die von den Arbeitgeberverbänden unterbreiteten Vorschläge auf Kürzung der Unfallrenten unter 50% Erwerbsbeschränkung und die zwangsweise Abfindung der Renten von 25% abwärts, ebenso die Heraushebung der Invaliditätsgrenze bei Witwen von Unfallverletzten sind in ihrer Auswirkung von verheerenden Folgen. Sie würden, abgesehen von allem andern, zur Folge haben, daß die von der Kürzung betroffenen Rentenbezieher für diesen Ausfall die Wohlfahrtsklassen der Gemeinden in Anspruch nehmen müßten. Ganz besonders aber darf nicht außer acht gelassen werden, daß bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes der überwiegende Teil der Unfallbeschädigten so gut wie keine Aussicht auf Beschäftigung hat. Das gleiche trifft zu auf die verlangte Beseitigung der Renten bei Unfällen auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle.

In ähnlicher Weise würde sich die gleichfalls vorgeschlagene Neuordnung der Lastenverteilung zwischen Krankenversicherung und Unfallversicherung zum Nachteil der Krankenkassen auswirken. In beiden Fällen geht die Absicht der Unternehmerverbände dahin, die bisher von ihnen allein getragenen Lasten andern Schultern, die keineswegs leistungsfähiger sind, aufzuerlegen.

Die allgemeine Kürzung der Renten würde die Rentenempfänger aus der Vorkriegszeit doppelt hart treffen. Deren Renten wurden im Jahre 1925 neu fest-

gefest. Die nach dieser Zeit eingetretene Erhöhung der Jahresarbeitsverdienste ist bisher für sie ohnedies unberücksichtigt geblieben.

Eine Reform der Unfallversicherung erscheint auch uns notwendig. Sie darf aber nicht nach den Vorschlägen der Arbeitgeberverbände vollzogen werden. Vor allem darf dabei auch vor der Verwaltung der Berufsgenossenschaften nicht haltgemacht werden. Eine Mitwirkung der Versicherten in der Verwaltung fehlt jetzt vollkommen. Die Versicherten haben zur Zeit nur bei der Beratung und Beschlussfassung von Unfallverhütungsvorschriften (§ 853), bei der Stellungnahme zu den Jahresberichten (§ 857) und bei der förmlichen Feststellung von Leistungen (§ 1569b der RVO.) mitzuwirken. Der Artikel 161 der Reichsverfassung spricht von maßgebender Mitwirkung der Versicherten, ohne daß diese Forderung bisher eingelöst worden ist. Wir verlangen daher, daß den Versicherten in der Unfallversicherung auch eine gleichberechtigte Mitwirkung eingeräumt wird.

Erweiterungsbedürftig ist auch die Liste der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten. Die Verordnung über Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 stellt ferner die Entschädigungspflicht bei einigen Krankheiten, insbesondere bei Staublung und Hauterkrankungen, nur auf bestimmte Betriebe ab, obwohl in dabei nicht erfassten Betrieben gleich schwere Berufs-erkrankungen vorliegen. Die bedauernswerten Betroffenen bleiben ohne Schadenerschädigung, obwohl ausschließlich der Umgang mit in der Industrie erforderlichen Chemikalien oder Maschinen ihre Gesundheit und Lebenskraft ruiniert hatte.

Die Gewerkschaften lehnen die Vorschläge der Arbeitgeberverbände zur Reform der Unfallversicherung ab, weil damit eine bessere Fundierung dieses Teiles der Sozialversicherung nicht eintritt, sondern nur eine Entlastung der Unternehmer zum Nachteil der Unfallverletzten oder ihrer Angehörigen sowie der Krankenkassen.

Die Vorschläge der Unternehmer laufen in ihrer Gesamtheit auf eine fünfzigprozentige Beseitigung der gesamten Unfallversicherung hinaus. Ihre Durchführung würde auch das sozialpolitische Ansehen Deutschlands schwer schädigen. Ihre Auswirkung würde eine Verelendung der durch Berufsunfälle in ihrer Gesundheit geschädigten Arbeiter bedeuten. Der Schutz der Unternehmer vor privater Haftung würde weiter in vollem Umfange aufrechterhalten bleiben. Die allgemeine Wohlfahrts- pflege würde nur neue untragbare Lasten zugewiesen erhalten.

Zu einer Reform der Unfallversicherung halten die Gewerkschaften für erforderlich:

1. Zweckentsprechende Ausdehnung des Geltungsbereichs der Unfallversicherung;
2. Einführung einer Gemeinlast für alle Träger der Unfallversicherung;
3. Verbesserung der Unfall- und Krankheitsverhütung, um dem Eintreten neuer Rentenfälle vorzubeugen;
4. Einführung einer unabhängigen Betriebsüberwachung auch für öffentliche Betriebe;
5. erweiterte Einbeziehung von Berufskrankheiten in die Unfallversicherung;
6. maßgebende Mitwirkung der Versicherten in der Unfallversicherung im Sinne des Artikels 161 der Reichsverfassung.

Zur Finanzlage der Invalidenversicherung.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise haben zu einer bedeutenden Verschlechterung der Finanzverhältnisse der Invalidenversicherung geführt. Beitragsausfälle sowie der Ausfall wesentlicher Zuschüsse des Reiches hatten zur Folge, daß diese Versicherung bereits im laufenden Jahre zur Deckung ihrer Leistungen einen Teil ihrer Rücklagen verwenden muß. Die Entwicklung der Finanzen in den nächsten Jahren ist im wesentlichen von der Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängig. Zweifellos ist bei dieser Finanzlage eine Sanierung der Invalidenversicherung früher erforderlich als bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen. Reineswegs zwingt die Finanzlage jedoch dazu, in dieser Notzeit mit einer Kürzung der Leistungen eine Sanierung vorzunehmen zu müssen.

Offenbar sind Kräfte am Werke, die unter dem Druck des in der Krisenzeit vorherrschenden Pessimismus die Ausbalancierung der Einnahmen und Ausgaben durch eine starke Kürzung der Leistungen der Versicherung erreichen möchten. Aus Unternehmerkreisen wurde sogar ein Abschritt von 30 % gefordert. Aus Äußerungen von Arbeitgebervertretern in Landesversicherungsanstalten ergibt sich, daß in Arbeitgeberverbänden große Hoffnung vorhanden ist, einen allgemeinen Leistungsabbau in allernächster Zeit zu erreichen, vielleicht auf dem Wege der Notverordnung.

Die Spitzenverbände der Arbeitergewerkschaften befinden sich bei dieser Sachlage in großer Sorge um das der Invalidenversicherung von der Reichsregierung zugesagte Schicksal. Gegenüber den Forderungen der Unternehmervertretungen erklären sie mit aller Entschiedenheit, daß sie eine allgemeine Herabsetzung der ohnedies unzureichenden Rentenhöhe für ganz untragbar halten und eine damit beabsichtigte Sanierung aufs schärfste zurückweisen müssen.

Eofern eine Sanierung auf dem uns erforderlich scheinenden Wege in der gegenwärtigen Notzeit nicht erreicht werden kann, empfehlen wir dringend, eine Neu- regelung bis zu günstigeren Zeitverhältnissen zu vertagen.

Die Vermögenslage der Invalidenversicherung gestaltet sich durch eine vorläufige Hinauszögerung der notwendigen Sanierung. Das Rebermögen betrug am Schluß des Jahres 1930 etwa 1692 Millionen Mark. Es wird damit gerechnet, daß im Jahre 1931 bei größter Sparanstrengung der Landesversicherungsanstalten auf dem Gebiete der freiwilligen Leistungen vielleicht bis zu 20 Millionen Mark aus dem Vermögen der Invaliden- versicherung zur Deckung der bisherigen Gesamtleistungen verwendet werden müssen. Eofern im Jahre 1932 nur die unternormalen Beitragseinnahme wie im Jahre 1930 erreicht wird, läßt sich zu diesen 20 Millionen Mark Ver- fügungsmittel im Jahre 1933 noch ein weiterer Verlust von etwa 100 Millionen Mark. Die Flüssigmachung des

Vermögensbestandes der Invalidenversicherung ist zu einem erheblichen Teil unmöglich oder aus sozialen Gründen nicht zu empfehlen. Die Liquidität des Ver- mögens liegt aber weit über 300 bis 350 Millionen Mark, die bis einschließlich 1932 zur Aufrechterhaltung der Lei- stungen ohne Neuregelung der Beiträge erforderlich wären.

Daraus ergibt sich unbestreitbar, daß kein Grund vorliegt, die jetzige Situation als Katastrophe zu be- trachten, unter deren Zwangsgebot eine sofortige Redu- zierung der Rentenhöhe als einzig gangbarer Ausweg vorzunehmen wäre. Kein Arbeiter würde für eine solche Maßnahme Verständnis aufbringen können. Nicht nur von den Arbeitern, sondern von der gesamten Öffent- lichkeit wurden die Leistungen der Invalidenversicherung bisher für unzureichend gehalten.

Eine erhebliche Entlastung der Invalidenversicherung kann durch eine Neuregelung der Beziehungen zwischen ihr und der Angestelltenversicherung erfolgen. Wir ver-

Die vom Reichsausschuß zur Förderung des Milch- verbrauchs E. W. (Reichsmilchauschuß), Berlin W 8, Wilhelmstraße 48, herausgegebene Werbebrochure „Ar- beiter, merkt auf“ sollte in allen Arbeiterorganisationen,

vor allem dort, wo Frauen erfaßt werden, Eingang finden. Sie stellt auf knappem Raum durch an- schaulichen Text und gute Bilder die Bedeutung dar, die die Milch für die Ernährung des menschlichen Kör- pers hat und gibt Hinweise, in wel- chen verschiedenen Formen die Milch ge- nossen werden kann: im Haus- halt, auf der Ar- beitsstelle, für die Kinder usw. Bei der ohnehin knap- pen und falschen Ernährung des heutigen groß- städtischen Arbei- ters sollte keine Arbeiterorganisation an diesem wichtigen Zweige der Aufklärung vorbeigehen. Die vorliegende Broschüre erleichtert durch ihre gute und sinnfällige Aus- stattung die Propaganda, deren Notwendigkeit man sich nicht verschließen kann.

Matthilde Wurm, W. d. R.

langen erneut einen gerechten Ausgleich und verweisen hierzu auf unsere Eingabe an den Herrn Reichsarbeits- minister vom 29. Januar 1929. Des weiteren verweisen wir auf unsere Eingabe vom 19. Februar 1931, mit der wir dringend um baldige Maßnahmen zum Schutze der Versicherten gegen Schädigungen aus Beitragsunter- schlagungen der Arbeitgeber gebeten haben. Ein solcher gesetzlicher Schutz hat sich aus den Erfahrungen der Zeit- zeit bringender denn je als notwendig erwiesen.

Die Gewerkschaftsabteilung auf der Bauausstellung

Auf dieser wohlvorbereiteten Riesenschau in Berlin haben der Deutsche Baugewerksbund, Bund und Fabrik- arbeiterverband (Keramischer Bund) ein gut Stück Arbeit geleistet zur Belebung der daniederliegenden Bauwirt- schaft und gemeinsam mit den freigewerkschaftlichen Wirtschaftsbetrieben einen rund 900 qm großen Raum in Halle VI (Stand 634) belegt. Das Problem, die acht ausstellenden freigewerkschaftlichen Gruppen ohne das übliche Kojensystem zur Darstellung zu bringen, dabei dem einzelnen Aussteller seine Eigenart zu lassen und doch das gemeinsame Ganze zusammenzufassen, war für den Archi- tekten Professor Walter Gropius eine dankbare Auf- gabe, die er in wahrhaft großzügiger Weise zu lösen wußte. Die künstlerische Durchführung der Einzelheiten lag in den bewährten Händen Moholy-Naghs und Her- bert Bayers, die als ideenreiche, moderne Graphiker Welttruf genießen. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß die freigewerkschaftliche Kollektivschau in bezug auf Schmissigkeit und Ideenreichtum auf der gesamten Bau- ausstellung nicht ihresgleichen hat. Die ganze rechte Hälfte des Raumes nebst der Rampe, die den mittleren Durch- gang überbrückt, und ein kleines Kino beherbergt, wird vom Deutschen Baugewerksbund mit der Dar- stellung der sozialpolitischen Leistungen des Bundes im Dienste seiner Mitglieder eingenommen. In Photo- montagen und graphischen Aufzeichnungen werden die Aufwendungen des Verbandes für Rechtsschutz, Kranken-, Invaliden-, Wanderunterstützung, Arbeitslosen- schutz, Sterbefälle usw. gezeigt.

Bemerkenswert ist die Arbeitslosenstatistik und die Darstellung der Lehrlingsausbildung. Erstreulich sind die Besuchsziffern der freigewerkschaftlichen Bildungsstätten. Eindeutig dargestellt ist der Nachweis von der beruf- lichen Benachteiligung der Bauarbeiter gegenüber andern Berufsgruppen. Auf der Rampe wird auf freischwebenden runden Glasstufen die Hygiene bei der Arbeit behandelt. Der B u t a b registriert seine Untersützungleistungen in folgenden Zahlen: 1924 391 000 M., 1925 393 000 M., 1926 741 000 M., 1927 250 000 M., 1928 342 000 M., 1929 505 000 M., 1930 1 002 000 M. Auch der Deutsche Werk- meisterverband und der Keramische Bund demonstrieren in guten bildlichen, graphischen und sym- bolischen Darstellungen, daß der feste Zusammenschluß in

starken Berufsverbänden die Voraussetzung für den geistigen und wirtschaftlichen Aufstieg der gesamten Ar- beiterchaft ist.

Die Arbeiterbank weist in graphischen Dar- stellungen folgende Entwicklung der Einlagen nach (in Millionen Mark): 1924 9,4, 1925 21,2, 1926 36,1, 1927 79,1, 1928 117,3, 1929 163,2, 1930 168. Verteilung der ge- währten Kreditsummen:

	Ende 1929	Ende 1930
Öffentl. rechtl. Institute . . .	56,60 %	39,26 %
Betriebe und Organisationen der Arbeiterchaft	39,33 %	55,76 %
Sonstige Kreditnehmer	4,07 %	4,98 %

Durch Zwischentreidite wurden finanziert: 1927 4000, 1928 8650, 1929 10 117, 1930 10 500 Wohnungen. Die der Arbeiterbank angegliederte Hannoverische Boden- kredit-Bank zeigt, in welchem Umfange sie den ge- meinnützigen Kleinwohnungsbaun unterstützt hat. Das Institut hat an Darlehen folgende Summen gewährt: 1926 323 000 M., 1927 881 000 M., 1928 2 900 000 M., 1929 2 970 000 M., 1930 9 320 000 M.

Außerordentlich sinnreiche Apparate hat der Ber- band sozialer Baubetriebe aufgestellt, um der Öffentlichkeit den organisatorischen, kaufmännischen und technischen Aufbau des Verbandes sozialer Baubetriebe und der angeschlossenen Bauhütten zu erklären. Eine Art Kartothek aus riesigen Schiebepfählen kann vom Publikum mühelos bedient und studiert werden. Eine mechanisch-optische Konstruktion soll die in vielen Bau- hütten eingeführte Betriebsführung veranschaulichen.

In der Dewog-Roje fällt eine große Photostadt auf, die aus Bauten und Siedlungen der Dewog- Tochtergesellschaften zusammengestellt ist. Die Weit- räumigkeit der Bebauung, Einrichtung von Spiel- und Planschanlagen für die Kinder, Zentralwäschereien, Kon- sumläden usw. sind als charakteristische Attribute des freigewerkschaftlichen Kleinwohnungsbaues deutlich erkennbar. Bemerkenswert ist hier noch eine Deutschland- karte, die durch eine optisch mechanisch wirkende Appa- ratur das Beispiel eines finanziellen Betreuungsvorgangs zeigt. Dem Laien werden die Phasen der Betreuung von Baugenossenschaften vom Hypothekenantrag bis zum Baubeginn deutlich gemacht. Daneben sehen wir eine graphische Kurve, die das Wachstum der Dewog-Arbeit zeigt.

In der Gewerkschaftsabteilung der Bauausstellung zeigt sich uns eine Kulturarbeit ersten Ranges. Wir sehen wie die Gewerkschaften bemüht sind, die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen. Daneben sehen wir in den letzten Jahren aus dem Boden gewachsene Wirtschaftsbetriebe von nicht geringer Wirksamkeit. Die Demokratisierung der Wirtschaft wird hier in einem zur Tatsache gewordenen Zeilanschnitt gezeigt. Wir sehen, daß der Beschluß des Breslauer Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1925: „Förderung und Unterstützung freier, auf dem Prinzip der Selbstverwaltung aufgebauter gemeinwirtschaftlich arbeitender Erwerbswirtschaften“ zur Tatsache geworden ist. Ein Besuch dieser Abteilung der Bauausstellung kann nur empfohlen werden.

Wenn die Arbeiterbewegung mehr Macht hätte

Vor zehn Jahren ahnte man kaum, wie schwierig es ist, die sozialpolitischen Fortschritte international zu ver- antern. Der soeben erschienene Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes legt dafür ein erschütterndes Zeugnis ab. Unablässig war das Internationale Arbeitsamt bemüht, ein jedes Land an seine Pflicht zu e. mahnen, sozialpolitischen Reformen in seinem Lande Gesetzeskraft zu verleihen. Nur im lang- samen Tempo gelingt es die internationalen Abkommen zu ratifizieren. Die Ergebnisse des Jahres 1930 finden in folgenden Ziffern ihren Ausdruck:

	15. März 1930	15. März 1931
Ratifikation mitgeteilt	386	424
Zur Ratifikation ermächtigt	22	26
Zur Ratifikation empfohlen	125	163

Nur 38 Ratifikationen konnten beim I. A. M. im letzten Jahr neu eingetragen werden gegen 79 im Jahre 1929, 34 1928, 35 1927, 48 1926 und 50 1925. Es ist deshalb zu verstehen, daß Albert Thomas als Direktor des I. A. M. lebhaftige Klage über den Fortschritt der Ratifikationen führt. Die wirklichen Gründe führt Albert Thomas auf Gleichgültigkeit und Unkenntnis zurück. In dem Bericht heißt es: „Nach zehn Jahren sind die großen Gedanken, die im Jahre 1919 die Geister bewegt und wie ein heiliges Vermächtnis in dem Vertrag Aufnahme gefunden hatten, noch nicht in dem Maße Gemeingut geworden, um sozu- sagen zwingend den Regierungen die Reformmaßnahmen aufzuerlegen, die sie fordern... Vergeßlichkeit, Gleich- gültigkeit, mangelndes Verständnis sind die großen Hemm- nisse des internationalen Lebens. Nichts spricht in dieser Beziehung wohl eindrucksvoller als die Lage, in der sich gegenwärtig das wichtige Uebereinkommen von Washing- ton über die Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben be- findet.“ In dem Bericht wird noch näher auf diese Dinge eingegangen. Bezüglich Deutschland wird darauf ver- wiesen, daß der Ausschuß zum Studium der Arbeitslosen- frage bereits die 40-Stunden-Woche ins Auge faßt. Der Bericht bemerkt hierzu: „Warum zaudert man dann, einen Befehlswort anzunehmen, der eine erste Hilfe und einen Grundstein bieten würde.“ Der Bericht deutet die Mög- lichkeiten an, die einen schnelleren Fortschritt der inter- nationalen Sozialpolitik gewährleisten würden:

„Vielleicht, wenn die Arbeiterbewegung im natio- nalen, wie im internationalen Bereich mehr Mitglieder, mehr Macht, mehr Bewußtheit erlangt hätte!... Viel- leicht, wenn sie weniger gefaltet wäre!... Vielleicht, wenn die Arbeitgeberverbände selbst, die schon über manche internationale Erfahrungen verfügen, im Hinblick auf die Aehnlichkeit des gegenwärtigen Standes der wirtschaft- lichen Produktion mit der Zeit des ersten unwalzenden Auftriebes der technischen Erfindungen die kühnen Ge- dankengänge von Owen und Legend wieder auf- nahmen!... Vielleicht würde dann der Zauber schneller gebrochen werden.“

In der Tat: wenn die Arbeiterbewegung im natio- nalen wie im internationalen Bereich mehr Mitglieder

und mehr Macht hätte und weniger gespalten wäre, dann wäre vieles anders und der Direktor der I.M.L. brauchte über Vergesslichkeit und Semmnisse kein solches Klagebuch anzufertigen. Es ist bedauerlich, daß die Arbeiter und Angestellten aller Länder sich ihrer Macht und Bedeutung nicht mehr bewußt sind. Leider ist die Hoffnung gering, daß dies in nächster Zeit anders wird.

Gewerkschaftliches

Arbeitskämpfe im 4. Quartal 1930.

Während man in den letzten Jahren die Beobachtung machen konnte, daß die Arbeitskämpfe (Streiks und Aussperrungen) sowohl an Zahl als auch an Bedeutung abnahmen, scheint hier jetzt eine Uenderung einzutreten. Die Arbeitskämpfe scheinen wieder mehr an Bedeutung zu gewinnen. Nach einer amtlichen Aufstellung im Reichsarbeitsblatt vom 5. April 1931 wurden im letzten Vierteljahr 1930 insgesamt 94 Arbeitskämpfe geführt. Es waren dies 89 Streiks und 7 Aussperrungen. Betroffen wurden davon 888 Betriebe (782 bestreikte und 108 ausgesperrte Betriebe). Betroffen wurden von diesen Arbeitskämpfen 136 600 Arbeitnehmer. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage betrug 2,1 Millionen. Zum Vergleich hierzu sei erwähnt, daß im gleichen Vierteljahr 1929 nur 82 Arbeitskämpfe ermittelt wurden. Beteiligt daran waren 11 452 Arbeitnehmer mit 213 683 Arbeitstagen. Die Zahl der an den Arbeitskämpfen beteiligten Arbeitnehmer und die Zahl der verlorengegangenen Arbeitstage war demnach im Berichtsjahre etwa zehnmal höher wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres 1929. Gegenüber dem 3. Vierteljahr 1930 ist die Zahl der Arbeitskämpfe im Berichtsvierteljahr zwar geringer, die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer und die Zahl der verlorenen Arbeitstage ist jedoch ebenfalls nicht unwesentlich gestiegen. Interessant sind die Zahlen auch in der Beziehung, daß Streiks bei weitem gegenüber Aussperrungen überwiegen. Von den durch die Arbeitskämpfe betroffenen Arbeitnehmern streikten 94,85 % und nur 5,15 % waren ausgesperrt. Ähnlich liegt auch das Verhältnis bei den betroffenen Betrieben. Als besonders wichtige Kämpfe seien der Berliner Metallarbeiterstreik mit rund 108 000 Arbeitnehmern und einer Zahl von 1,62 Millionen verlorenen Arbeitstagen und die Aussperrung in der Bielefelder Metallindustrie erwähnt.

Interessant sind nun die Ergebnisse über die Erfolge dieser Arbeitskämpfe. Bei den Streiks in der Metallindustrie handelte es sich nach dem Bericht um Lohnkämpfe, die im wesentlichen erfolglos für die streikenden Arbeitnehmer ausgingen. Weiter heißt es in dem Bericht über den Verlauf der Arbeitskämpfe wörtlich: „Insgesamt ist bei den Streiks, verglichen mit dem Vorjahr und Vorvierteljahr, der Erfolg der Arbeiterschaft zurückgegangen.“ So endeten bei den Streiks mit einem vollen Erfolg für die Streikenden 2280 verlorene Arbeitstage und mit einem teilweisen Erfolg 124 090 Arbeitstage. Wirklich verloren waren nicht weniger als 1 836 675 Arbeitstage, da sie den streikenden Arbeitnehmern überhaupt keinen Erfolg brachten. Umgekehrt ist das Verhältnis bei den Kampfmitteln der Arbeitgeber, bei den Aussperrungen. Von den Aussperrungen endeten mit vollem Erfolg für die Arbeitgeber 149 399 Arbeitstage und mit teilweisem Erfolg 8291 Arbeitstage. Keinen Erfolg konnten die Arbeitgeber bei 85 Arbeitstagen buchen. Die Zahlen zeigen mit aller Deutlichkeit die Trostlosigkeit der Lage auf dem Arbeitsmarkt, die dazu führt, die Macht der Arbeitgeber zu erhöhen und die Arbeitnehmer als die wirtschaftlich Schwächeren immer mehr zu unterdrücken.

Der Vorsitzende des Bekleidungsarbeiterverbandes, M. Pletzl, konnte am 15. Mai sein 25jähriges Angefehtenjahr feiern. Genosse Pletzl wurde 1906 zuerst in Frankfurt a. M. als Angestellter gewählt, wurde dann Gauleiter für Süddeutschland und 1920 Verbandsvorsitzender. Der Jubilar hat es verstanden, in schwierigen Zeiten seinen Verband zu fördern und die Interessen seiner Berufskollegen und -kolleginnen wahrzunehmen. Auch wir entbieten Martin Pletzl unsere Gratulation und wünschen ihm weitere erfolgreiche Verbandsarbeit.

Die dritte ordentliche Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands findet vom 21. bis 27. Juni 1931 im großen Saal des Hamburger Gewerkschaftshauses statt. Unter anderem sind Referate vorgesehen über: „Der Weg von der kapitalistischen Wirtschaft zur Gemeinwirtschaft“, „Die Verkehrspolitik in Deutschland“, „Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Reichsbahn“ und „Beamtenbewegung“.

Genossenschaftliches

Genossenschaftliche Expansionskraft.

Die öffentliche Meinung, ja, nicht einmal die große Mehrheit der Mitglieder einer Genossenschaft, ist sich über die Summe der wirtschaftlichen Kräfte klar, die ihr Zusammenschluß zu einem gleichgerichteten Zweck aktiv gemacht hat. Nur das Nächstliegende, Sichtbare in der wirtschaftlichen oder finanziellen Leistung wird erkannt und zugleich als Grenze der Ausdehnungsmöglichkeit bewertet. Ob es sich nun um eine landwirtschaftliche, gewerbliche oder auch um eine Konsumgenossenschaft handelt — die Grenzen der Entwicklungsfähigkeit des Genossenschaftswesens erscheinen bei nur oberflächlicher Betrachtungsweise erge gesteckt.

Und doch ist die genossenschaftliche Wirtschaftsform, ganz abgesehen von ihrem wirtschaftlichen Gehalt, der nie unbestritten über die privatwirtschaftliche weit hinausgeht, in ihrer Anwendbarkeit auf alle wirtschaftlichen Lebensäußerungen und Bedingungen der privatkapitalistischen mindestens ebenbürtig. Beweiskräftige Beispiele hierfür liefert insbesondere die Konsumgenossenschaftliche

Ergebnis der Stichwahlen zur 22. Generalversammlung

- 6. Wahlabteilung . . . (Hajek, Franz, Bremen)
- 7. Wahlabteilung . . . (Hawilget, Franz, Bremen)
- 9. " . . . (Kilian, E., Breslau)
- 10. " . . . (Arnold, P., Darmstadt)
- 16. " . . . (Schröd, H., Essen)
- 17. " . . . (Fendt, M., München)
- 21. " . . . (Hofmann, R., Nürnberg)
- 25. " . . . (Stupin, G., Braunschweig)
- 32. " . . . (Thomas, G., Düsseldorf)
- 34. " . . . (Evers, J., Lübeck)
- 53. " . . . (Rehl, Franz, Mannheim)
- 60. " . . . (Schant, J., Koblenz)
- 61. " . . . (Farwick, El., Oldenburg)
- 62. " . . . (Nordwald, Heinrich, Duisburg)
- 68. " . . . (Gomber, J., Düren)
- 68. " . . . (Martin, W., Weimar).

Bewegung in allen Industrieländern der Welt. Man braucht wirklich nicht allein an die englische Genossenschaftsbewegung mit ihren alle Gewerbezweige des Landes erfassenden genossenschaftsindustriellen Unternehmungen zu denken, um klassische Beispiele für die unbegrenzte genossenschaftliche Expansionskraft zu finden.

So hat die Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine vor etwa vier Jahren ihre erste Großmühle in Magdeburg errichtet und schon ist vor kurzem die zweite in Mannheim gefolgt, nachdem in der Zwischenzeit zwei immerhin auch sehr respektable Mühlen zweier rheinisch-westfälischer Konsumgenossenschaften in den Besitz der G.C.G. (des Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine!) übergegangen waren. Die neue Mannheimer



Schafft Arbeit für das Malergewerbe!

Meldet anstrichbedürftige Objekte an den Reichsausschuß für Sachwerterhaltung in Berlin! Meldekarten sind beim Filialvorstand zu haben.

Großmühle . . . ist 49 Meter lang, 15,26 Meter breit, 29,10 Meter hoch und besitzt mit insgesamt 64 Walzenstühlen für die verschiedenen Mahlprozesse eine Gesamtleistung von 200 Tonnen (4000 Zentner) Getreide in 24 Stunden. Eine Leistungsfähigkeit, die von keiner privatkapitalistischen Großmühle erreicht wird. Daß sich aus einer solchen Konsumgenossenschaftlichen Mühlenindustrie allerlei geschäftliche Beziehungen mit der getreideproduzierenden Landwirtschaft entwickeln müssen, mag nur nebenher bemerkt sein. Daß die G.C.G. außerdem eine ganze Reihe genossenschaftsindustrieller Großunternehmungen besitzt (Schuhfabrik, Textilfabrik, Leinwand-, Zündholz-, Zigarren-, Seifen- und sonstige Fabriken), ist ja als allgemein bekannt vorauszusetzen — die Marke G.C.G., die nur von Konsumgenossenschaften geführt werden darf, bürgt dafür.

Aber auch in andern Ländern zeigt sich die genossenschaftliche Expansionskraft der Konsumgenossenschaften in der industriellen Gütererzeugung. Von Norwegen wird über starke Umsätze der eigenen Margarinewerke, der Seifenfabrik, Getreidemühle, Tabak- und Schuhfabrik usw. berichtet; der schwedische Verband hatte im Jahre 1930 eine Margarineproduktion von über 14 Millionen Kilogramm, die Kornmühlen zeigen eine Steigerung um 106 000 Kilogramm, an Kunstdünger für die Landwirtschaft wurden 483 000 Sack produziert, die Schuhfabrikation stieg um 22 %, die Auto- und Fahrreifenproduktion erfordert Erweiterungen der genossenschaftlichen Betriebe, die Textilfabriken waren voll beschäftigt und die Fabrikation elektrischer Glühbirnen, die mit Ermäßigung der Preise um 50 % die Sprengung des internationalen Glühlampenartells zum Ziel hat, ist neu aufgenommen worden.

In Italien besitzen die landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften einen Verband mit 600 Genossenschaften und rund 500 000 Mitgliedern, der die Kunstdüngerfabrikation betreibt. Er hat einen eigenen Schiffspark für den Versand — die italienischen Bauern sind damit von dem Monopol der privatkapitalistischen Düngemittelerzeugung befreit.

Selbstverständlich ist mit den vorgeführten Einzelbeispielen die genossenschaftliche Expansionskraft noch lange nicht erschöpft, aber sie zeigen jedenfalls die nahezu unbegrenzte Möglichkeit der genossenschaftsindustriellen Gütererzeugung, die technisch so leistungsfähig ist wie die privatkapitalistische, ihrem Wesen nach aber nicht für den Kapitalprofit, sondern für Arbeiter und Bauern wirtschaftet.

Sozialpolitisches

Der Beschäftigungsgrad in wichtigen Industriezweigen.

Die Krise der deutschen Wirtschaft kann am besten an dem Beschäftigungsgrad der Industrie studiert werden. Ende April 1931 war der Beschäftigungsgrad am niedrigsten im Baugewerbe mit 33,7 % der Leistungsfähigkeit und am höchsten mit 80,2 % im Bergbau. In der gesamten

Produktionsgüterindustrie einschließlich Saisongewerbe betrug der Beschäftigungsgrad 57,1 % und in den Verbrauchsgüterindustrien 67,5 %. Die gesamte deutsche Industrie hatte einschließlich Saisongewerbe einen Beschäftigungsgrad von 61,2 %. 38,8 % aller Gewerkschaftsmitglieder waren mithin Ende April ohne Beschäftigung. Der gut aufgebaute und durchorganisierte Produktionsapparat in Deutschland lag zu mehr als einem Drittel vollständig still. Ein gutes Zeugnis für die Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft.

Kommt die zweite Lohnabbauwelle?

Seit dem Herbst 1930 wird mit vereinten Kräften darauf hingearbeitet, die Löhne und Gehälter in Deutschland zu ermäßigen. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Löhne sind ganz gewaltig herabgesetzt worden und die Gehälter ebenfalls. Die ganze Aktion wurde angeblich unternommen, um die Selbstkosten zu senken und damit die Wirtschaft Deutschlands wieder anzukurbeln. Was ist nun daraus geworden? Die Selbstkosten müssen in der Tat eine nicht unwesentliche Senkung erfahren haben. Wie sieht aber nun der Erfolg auf der andern Seite aus? Die Wirtschaft hat sich keineswegs gebessert. Eine Anhebung fand in keiner Weise statt, wenn man von ganz geringfügigen Besserungserscheinungen abzieht. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich fast nur in dem saisonüblichen Rahmen vermindert. Der Lohnabbau hat also für die Gesamtwirtschaft keine sichtbaren Erfolge, sondern große Schädigungen mit sich gebracht. Diese liegen vor allem in der Verschlagung von Kaufkraft, in der Verringerung der Steuerkraft und andern schädlichen Folgeerscheinungen. Wenn die deutschen Unternehmer und mit ihnen die deutsche Regierung aus diesem Mißerfolg die nötigen Schlüsse ziehen wollten, so müßten sie sich von dem gewählten System so schnell wie möglich abwenden. Aber das Gegenteil ist der Fall. In den Unternehmerblättern wird seit Wochen ein zweiter Lohnabbau als dringend notwendig hingestellt. Sie schlussfolgern, daß die erste Lohnabbauwelle nicht tief genug gegangen und durch die Gewerkschaften und die Schlichtungsbehörden in ihrer Wirkung verhindert worden sei. Aus diesem Grunde fordern sie einen nochmaligen Eingriff in das Lohnsystem. Hier liegt eine außerordentlich große Gefahr. Bei der allgemeinen Niedergeschlagenheit, die im Volke herrscht, ist man leicht geneigt Lösungen für gut zu befinden, die das Gegenteil von dem sind. Man mußte nun gespannt sein, welchen Standpunkt die deutsche Regierung zu diesen Unternehmerwünschen einnimmt. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat kürzlich einer Abordnung der sächsischen Gewerkschaften erklärt, daß er eine zweite allgemeine Lohnabbauwelle aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen für untragbar halte. Auch der Reichsfinanzminister hat vor wenigen Tagen in einer Rede zugegeben, daß die Aktion für den Gehalts- und Lohnabbau nicht das gebracht habe, was man von ihr erwartete. Im Gegenteil sei der Etat der Reichsregierung dadurch in Unordnung geraten. Nach diesen Äußerungen verantwortlicher Regierungsbereiter könnte man der Meinung sein, daß die Regierung einen erneuten Angriff auf die Lohn- und Gehaltshöhe nicht unternimmt. Doch wir sollen in dieser Beziehung vorsichtig sein. Die Enttäuschungen über viele Maßnahmen der Regierung brünten waren zu groß, um auf gelegentliche Neußerungen allzuviel zu geben. Die Gewerkschaften werden einem zweiten Lohnabbau den härtesten Widerstand entgegenzusetzen. Lohnabbau bedeutet Kaufkraftschwächung und somit, wie namentlich die jüngste Erfahrung lehrt, Schädigung der Wirtschaft. Nicht Katastrophopolitik, sondern Wirtschaftsaufbau muß die Parole sein!

Was der Evangelisch-Soziale Kongress unter sozial versteht.

Nachdem in Deutschland eine Reihe von Personen und Institutionen vor zehn Jahren plötzlich ihr Herz für den Arbeiterstand entdeckten, wurde den sozialen Problemen mehr als früher Beachtung geschenkt. Nach 1918 konnte man auch auf den Evangelisch-Sozialen Kongressen moderne und soziale Forderungen entdecken. Wie sich nach und nach die Wissenschaft, wie die Entwicklung des Vereins für Sozialpolitik gezeigt hat, von ihren ursprünglichen Prinzipien entfernte, so auch andere Institutionen, darunter der Evangelisch-Soziale Kongress. Ende Mai hat wieder eine Tagung der Evangelisch-Sozialen in Duisburg stattgefunden. Auf diesem Kongress konnte man sehr deutlich die Wandlungen feststellen. Nur einige Redner hatten noch den Mut, für den wahrhaft sozialen Gedanken einzutreten. Sie stießen aber dabei auf starken Widerspruch. Als Prof. Baumgarten, Kiel, die selbstlose staatspolitische Haltung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hervorhob, löste dieses Geständnis bei der Mehrzahl der Kongreßteilnehmer Heftigkeit und Widerspruch aus. Auch der Vortrag des Prof. Pieper aus Münster über das Problem der Demokratie in Wirtschaft, Staat und Kirche fiel nicht auf fruchtbaren Boden. Die „Bergwerks-Zeitung“ schreibt hierzu: „Der Vortrag wurde mit Achtung, aber nicht mit innerer Wärme aufgenommen. Zwischenrufe und später die Debatte ließen erkennen, wie wenig die Mehrzahl der Kongreßteilnehmer geneigt war, sich zu dem Ideal einer unbefruchteten Demokratie zu bekennen. Der Redner versuchte insbesondere mit wenig Glück eine Lanze für die Sozialdemokratie zu brechen, an ihrer nationaler Zuverlässigkeit er keinen Zweifel aufkommen lassen wollte, moogen sich eine fühlbare Protestbewegung unter den Kongreßteilnehmern bemerkbar machte. Es war ein eindeutiges Symptom für die Stimmung des Kongresses, daß gerade der Redner, der durch seine Ausführungen die Denaturierung des Staatsgedankens durch den Sozialismus nachwies, den stärksten Beifall fand, der geradezu einer Demonstration gleichkam, als er sich gegen die Apotheose (Vergötterung) des Prof. Baumgarten auf die selbstlose Sozialdemokratie wandte.“

So sieht das soziale Verständnis dieser staatsreaktionären Kreise aus, die sich um die evangelische Kirche scharen. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, wenn der General-

superintendent aus Koblenz unter allgemeiner Zustimmung feststellt, daß es — man höre und staune — sozial vom Evangelium aus gesehen, nicht heiße, einer bestimmten Klasse oder Schicht zu dienen, sondern der ganzen deutschen Volksgemeinschaft. — Auch dieser Kongress hat wieder bewiesen, daß die Hand- und Koppfarbeiter außer ihrer eigenen Kraft von niemand Hilfe erwarten können. Es sieht gerade so aus, als wenn sich zur Zeit alle reaktionären Kräfte gegen die Arbeiterklasse zu vereinigen suchen. Daraus ist die Nutzenwendung zu ziehen, daß die Arbeiterklasse nur durch geschlossenes Vorgehen, gestützt auf die eigene Kraft durch starke Organisationen, sich Achtung zu verschaffen vermag.

Wirtschaftspolitik

Die Vorräte auf dem Weltmarkt.

Die dauernde Ueberproduktion in den Jahren 1927 bis 1929 bewirkte, daß im Jahre 1930 die Lager in der ganzen Welt mit Waren überfüllt waren. Die Produktion wurde eingeschränkt, und am Ende des Jahres 1930 zählte die Welt 20 Millionen Arbeitslose in den wichtigsten Industriestaaten. Dadurch sank die Kaufkraft, und es fanden sich erst recht keine Abnehmer für die überfüllten Lager, trotz immer niedrigeren Preisen. Der Stand der Vorräte am Jahresende 1930 läßt erkennen, daß das Gleichgewicht zwischen Rohstoffherzeugung und Rohstoffverbrauch trotz der schon über ein Jahr dauernden Wirtschaftskrise noch nicht wieder hergestellt ist. Man kann aber beobachten, daß bei den industriell erzeugten Rohstoffzeugnissen infolge verstärkter Produktionseinschränkung die Vorratznahme geringer geworden, zum Teil sogar zum Stillstand gekommen ist. Dagegen wachsen mit wenigen Ausnahmen die Rohstoffmengen von agrarischen Erzeugnissen noch immer an. Bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist ein planmäßiger Vorratsabbau erst beim Tee und beim Zucker versucht worden und teilweise wirksam. Ein schlechter Ernteausfall dürfte bei Baumwolle, Kaffee und Seide in der Entwicklung der Lager eine Besserung bringen. Stark nehmen dagegen noch immer die Kaufkraftvorräte zu, und nahezu die Hälfte einer Jahresproduktion liegt hier vorrätig vor.

Ein Jahr B33.

Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich hat jetzt ihren ersten Geschäftsbericht vorgelegt. Er erstreckt sich über die Zeit vom 17. Mai 1930 bis zum 31. März 1931. Es wird in diesem Bericht unter anderem ausgeführt, daß es der Bank im weitestgehenden Maße gelungen ist, die Zusammenarbeit der Notenbanken zu fördern. Des ferneren konnte sie Erleichterungen für die internationalen Finanzgeschäfte und Kapitalbewegungen schaffen. Als die B33 gegründet wurde, traten die sieben Reparationsländer als Aktionäre auf. Heute sind die Notenbanken von 24 Staaten an der Bank beteiligt. Die Einlagen sind von 220 auf 1780 Millionen Frank, die Bilanz von 300 auf 1900 Millionen Frank gestiegen. Die Bank hat Anlagen in 26 Ländern vorgenommen. In Deutschland sind 21% der Guthaben angelegt. Die Generalversammlung der B33 stand im Schatten der Genfer Auseinandersetzung. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß wenig fruchtbringende Arbeit geleistet werden konnte. Die versammelten Präsidenten der Notenbanken waren übereingekommen, vorläufig alle Diskussionen zu vermeiden, die über den Rahmen rein finanztechnischer Fragen hinausgehen. Erst wenn eine Klärung der gesamten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gelungen sei, wolle man die großen Probleme wie das des internationalen Kapitalausgleichs zu lösen versuchen. — Ueberhaupt man die Tätigkeit der B33 im ersten Jahr ihres Bestehens, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß dieses Institut nicht das gebracht hat, was man von ihm erwartete. Geradezu großartige Pläne waren im Umlauf, als diese Weltbank ins Leben trat. Nichts von alledem konnte verwirklicht werden. Die politischen Rivalitäten zwischen den einzelnen Staaten waren stärker als die so dringend notwendige Zusammenarbeit.

Verchiedenes

Internationale Ausstellung: Kunst der Werbung.

Am 30. Mai 1931 eröffnete Essen die Ausstellung „Kunst der Werbung“, die bis zum 29. Juni 1931 dauern wird. Der selbständige Handwerksmeister sieht sich nach und nach gezwungen, zu neuerzeitlichen Werbemethoden überzugehen, wenn er nicht zugrunde gehen will. Ein eingehendes und großzügiges Lehrbeispiel für die Werbung des Handwerks, das im vorliegenden Falle dem Maler- und Anstreicherergewerbe entnommen wurde, gelangt auf der Ausstellung zur Schau. In Gruppe I dieses Beispiels soll der Meister angeregt werden, den Aktionsradius seines Betriebes zu erweitern und ihn der Werbetätigkeit zu erschließen. Die Abschaffung der betrieblichen Reichweite ist nicht zuletzt eine Frage der Selbstkostenberechnung. Die Werbetätigkeit des selbständigen Handwerkers darf sich fernerhin nicht mehr auf Stammkundschaft und Vereinsmitgliedern allein erstrecken. Sie ist in dieser Form zu teuer. Firmenschilder, Anzeigen usw. sind zu oberflächlich, sie bringen nur Zufallsfolge. Die werbliche Bearbeitung des Kundentreffes, Gewinnung neuer Kunden verlangt neuzeitliche Methoden. Die dafür notwendigen Unterlagen sind an einem Stadtteil Essens mit circa 30 000 Einwohnern genau durchgearbeitet und bilden den Ausgangspunkt für die in Gruppe II zur Darstellung gelangende Werbedurchführung.

Da finden wir zunächst eine größere Anzahl von Werbeargumenten zusammengestellt. Sie sind nach Kunden-

Bücher für den Maler.

Materialekunde für Maler	1,60
Farbenmerkbüchlein	1,—
ABC des jungen Malers (Hengst)	3,—
Die Malerfarben und ihre Bindemittel	4,—
ABC der Fachkunde für Maler (Koch), illustriert	3,60
Katechismus für Gehilfen- und Meisterprüfung	5,—
Anleitung zum Farbenmischen	2,—
Farben und Farbenharmonie	3,—
Kunststoffunterscheidungen, illustriert	2,—
Blumenmalerei, illustriert	2,50
Delmalerei, illustriert	2,—
Aquarellmalerei, illustriert	2,50
Temperamalerei, illustriert	2,50
Pastellmalerei, illustriert	2,50
Skizzieren auf Wanderungen, illustriert	1,75
Federzeichnen, illustriert	2,50
Technik der Holzmalerei, illustriert	1,—
Neue Einteilung der Schriften	1,—
Anleitung zum Kostenberechnen	2,—
So lernst du Schrift zeichnen	4,—

vom Verlag „Fachblatt der Maler“, Hamburg 36, Alster-Terrasse 10 oder durch die Filialverwaltungen des Verbandes.

schichten (Hausbesitzer und Mieter) geordnet und sollen die Leitidee der Werbegespräche und Werbebriefe abgeben. Gleichzeitig wird der Meister gehalten, die Werbeargumente nach Jahreszeit und Objekt — nach Saisonbedarf — spielen zu lassen. Dabei wird auch der Konkurrenz durch Schwarzarbeiter gedacht. Daß es außer diesen und den bereits üblichen Werbeargumenten noch viele andere, erfolgreichere und nachhaltigere gibt, dafür wird die Ausstellung weiterhin Zeugnis ablegen.

Warum zeigt außerdem der Meister nicht öffentlich, was er kann? Fabrik und Einzelhandel tun dies doch in ausgiebigster Weise durch Schaustellungen. Daß auch dem Handwerk — und sei der Betrieb noch so klein — solche Möglichkeiten zur Verfügung stehen, wird man ebenfalls auf der Ausstellung zu sehen bekommen.

Jedenfalls muß das Gesamtbild der selbständigen Handwerkerschaft vor Augen führen, was es noch alles zu tun gibt. Die Zukunft wird zeigen, daß andere Wege begangen werden müssen, wenn die Existenz des Handwerks nicht noch mehr untergraben werden soll.

Mit der Ausstellung sind erläuternde Vorträge verbunden. Anfragen dieserhalb sind zu richten an den Innungsausschuß der Stadt Essen, Steeles Straße, oder an Dr. Walter Schütte, Essen, Goethestraße 22.

Fachtechnisches

Patentschau. Zusammengeestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Str. 59. Auskünfte bereitwilligst.

Erteilte Patente.

- RL 75 c. 527 211. Verschließbares Gefäß zum Transport und Aufbewahren von Lacken und Farben. Springer & Koller, AG., Leipzig W 35, Franz-Flemming-Straße 15.
 - RL 75 c. 527 305. Verfahren zum Schnellauftrag von Anstrichmitteln. Chemische Fabriken Dr. Joachim Wiernit & Co., AG., Berlin-Waidmannslust, Oranienbaum 5/9.
 - RL 75 c. 527 136. Handgerät zum Abschaben von Wänden und Decken. Anton de Mont, Langrüti-Wädenswil, Zürich.
- Gebrauchsmuster.
- RL 9 b. 1 173 191. Pinsel mit selbsttätiger Farbzuführung. Georg Herzinger, Haunfetten bei Augsburg.
 - RL 75 c. 1 172 637. Hafen zum Aufhängen von Farbtöpfen an Malerleitern. Paul Remensberger, Engen i. B.
 - RL 75 c. 1 172 942. Tuff- und Druckstempel für Stoff- und Wandmalerei. Fritz Koch, Breisach i. B.

Ordnung auf dem Weißfarben-Markt.

Im Rahmen der Bestrebungen, einwandfreie, garantierte Anstrichmittel in Gemeinschaftsarbeit von Erzeugern, Händlern und Verbrauchern zu schaffen, sind neuerdings vom Reichsausschuß für Lieferbedingungen (RAL) Lieferbedingungen für Eisenweiß fertiggestellt worden. Diese enthalten neben Qualitätsvorschriften die wichtigsten Lieferbedingungen, wie Bemusterung, Verpackung und Probenahme sowie Prüfverfahren. Bereits früher sind entsprechende Lieferbedingungen für Zinkweiß und Sulfatbleiweiß zustande gekommen, die sich in der Praxis bereits eingeführt haben.

Nach Durchführung entsprechender Maßnahmen auch für Lithopone und Karbonatbleiweiß könnten diese vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit geforderten Vereinheitlichungsbestrebungen auf dem Gebiete der Weißfarben als abgeschlossen angesehen werden, was bei der Bedeutung der Weißfarben als Anstrichmittel (Schwerverhaltung) sicherlich allgemein zu begrüßen wäre.

Zeitfragen der Anstrichtechnik.

Durch die Entwicklung der Anstrichtechnik von rein handwerklich ausgeführten Verfahren zur Verwendung von technischen Geräten und Einrichtungen eröffnet sich auch auf diesem Gebiet dem Ingenieur ein immer umfang-

reicherer Tätigkeitsfeld. Die Arbeitsvorbereitung, insbesondere das Reinigen der Arbeitsfläche von Rost, Fett und dergleichen erfordert nicht nur im industriellen sondern auch im handwerklichen Betrieb durchgebildete Vorrichtungen, die Verwendung von Kompressoren, Verteileranlagen und anderes mehr. Bei der Arbeitsausführung erstrecken sich die Aufgaben des Ingenieurs hauptsächlich auf die Entwicklung der Farbspritzgeräte und der Einrichtungen zur Verhinderung von Belästigungen der Arbeiter oder Beschädigungen der Einrichtungen durch Farbnebel usw. Besonders in der mechanischen Industrie hat nach dieser Richtung hin eine rege Ingenieurarbeit eingesetzt. Dabei muß natürlich der Ingenieur sowohl hinsichtlich der verwendeten Stoffe, als auch die besonderen Anforderungen an den Schutz von Gesundheit und Eigentum vor Gefahren kennen.

Durch einige größere Explosionen bei der Verarbeitung von Anstrichstoffen, deren Verdünnungsmittel explosibel Gas bilden, wurde auch eine größere Öffentlichkeit auf solche Gefahrenquellen aufmerksam. Ein umfassender Überblick über die Fortschritte in der Gefahrenbekämpfung bei Anstrichen wird daher für weite Kreise der Ingenieurwelt von Interesse sein.

Bei der Fachtagung für Anstrichtechnik auf der diesjährigen Jubiläums-Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure in Köln am 27. Juni behandelt Herr Oberregierungsrat Stieler vom Reichsarbeitsministerium in Berlin dieses Thema. In einigen weiteren Vorträgen werden Fortschritte in der Verwendung und Beurteilung weißer Farben erörtert.

Die Teilnahme an der Fachtagung ist für die Teilnehmer an der Hauptversammlung des VDI ohne weiteres möglich. Weitere Interessenten erhalten auf Anforderung kostenlos Zulassungskarten von der Geschäftsstelle des Vereins deutscher Ingenieure, Berlin NW 7, Ingenieurhaus.

Literarisches

„Jeder kann werden!“ Ueber die Sonderchau „Jeder kann werden!“, die im Herbst 1930 im Rahmen der Leipziger Stammeffe im Ring-Neubaus stattfand und die bekanntlich während der Herbstmesse 1931 und 1932 wiederholt wird, liegt jetzt eine gut ausgestattete und mit anschaulichen Bildern durchsetzte Druckschrift vor. Sie ist ein neues theoretisches Werk, sondern enthält eine Fülle von Praxisbeispielen und auf der Sonderchau „Jeder kann werden!“ gezeigter Beispiele der Heilung des Einzelhandels und Handwerks. Die hierfür in Frage kommenden Werbemittel werden kurz behandelt, auch das Zeitungsorgan ist gewürdigt. Das Leitwort „Jeder kann werden!“ ist kostenlos ein Exemplar dieser Druckschrift zur Verfügung.

Ein Daumier-Buch hat jetzt die Badergilde Gutenberg, Berlin SW 61, herausgebracht. Das Buch „Die Badergilde“ widmet sich besonders dem großen Darfaktischen aller Zeiten. Sponsore Daumier. Das Buch gibt ein Bild von Erich Kästner, reich illustriert und Daumier, das die Badergilde Gutenberg demnach als Prämie für die Werbung von zwei Millionen Marktschilling. Das Buch liegt dem Heft enthält Reproduktionen von Holzschnitten und Graphiken Daumiers, einen Artikel über diesen genialen Zeichner Frankreichs, eine längere farbenbräunliche Novelle von Jbanes, eine Erzählung von Ernst Brezang und Humoresken von Walter Appelt. Die Badergilde Gutenberg gibt ihre Monatszeitschrift kostenlos an ihre Mitglieder ab.

Ein Buch von Mündel bei der Badergilde. Paul Georg Mündel ist Lehrer an einer Volkshochschule in Leipzig, zählt zu den bekanntesten Pädagogen, wird von Studienkommissionen aller Länder aufgesucht und gehört zu den meistgelesenen deutschen Pädagogen; seine Bücher wurden in fünf Sprachen übersetzt. Der besondere Reiz seiner Bücher ist der Humor, der aus ihnen spricht. Mündel erzählt in aufgelockerter, interessanter Weise und versteht es, eine Sache, die an sich bitterer ist, so mit köstlichem Humor zu garnieren, daß jeder diese Geschichten von Kindern und Eltern gern liest. In diesen heiteren, aber doch nachdenklichen Geschichten führt uns Mündel viele Duzend Fälle vor, die bei ungeschickter Behandlung neues Werbematerial für die Werbung unserer Badergilde ergeben hätten, die aber bei Mündel eine Werbung werden, die für alle Beteiligten nur anläßt und höchstenfalls Eltern eine Mahnung sein kann, mit der Erziehung bei sich selbst anzufangen. Dieses neue Buch von Mündel bei der Badergilde „Mein Frohes Wort“ in kleinen Preis 3,— ist ein Buch für Leute, die lachen wollen, die lernen wollen und die mit dazu beitragen möchten, daß in unsern Tagen mehr Fröhlichkeit und liebevolles Verständnis kommt. Beim Lesen dieser Geschichten wird jeder daran erinnert, daß er dies und jenes selbst schon erlebt hat. Ja, dieses Buch ist ein Ratgeber für Eltern und Erzieher, bloß daß es keine hochtrabenden billigen Weisheiten verapft, sondern alles in einer freundlich zureichenden und blauen Weise sagt. Dieses Buch sollten sich Eltern und Erzieher gegenseitig schenken. Ueberall dort, wo es unter häuslichen und beruflichen Erziehern Probleme gibt, dort erscheint dieser neue Mündel als guter und sehr bald begehrter Augenweider Freund: lachend, weise, behutlich und doch energisch, ein prächtiger Kamerad, in dessen Nähe das Leben leichter und froher wird.

Wie Arterien-Verkalkte gesund werden und bleiben. Von Dr. med. W. Behr. Preis 2 M. Bruno Wilens Verlag in Hannover. — Die Arterienverkalkung und die Blutdruckkrankheit sind in der jetzigen aufregenden Zeit besonders stark verbreitet. Aus dem soeben erschienenen Werkchen ist klar und verständlich zu erfahren, wie diese im Alter gefährdeten Schreckgespenster gebannt werden können. Wir können unsere Lesern nur empfehlen, sich eingehend mit der Lektüre dieses Buches zu befassen, denn es wird vielen wertvolle Ratschläge und Verhaltensmaßregeln mit auf den Weg geben.

Vom 7. Juni bis 13. Juni ist die 24. Beitragswoche.
Vom 14. Juni bis 20. Juni ist die 25. Beitragswoche.

Sterbetafel.

- Bremen. Am 13. Mai 1931 verstarb unser langjähriges Mitglied Wilhelm Ehran nach längerer Krankheit an einem Blasenleiden.
 - Dresden. Am 25. Mai 1931 starb unser Mitglied, der Kollege August Götz im Alter von 57 Jahren an Magenleiden. — Am 31. Mai 1931 verschied unser langjähriges Mitglied, der Kollege Paul Sparmann infolge Schlaganfall im Alter von 67 Jahren.
 - Darmstadt. Im Alter von 79 Jahren starb der Kollege Fritz Weizenmüller aus Eberstadt.
- Ehre ihrem Andenken!